

BULLETIN DER BUNDESREGIERUNG

Nr. 94-8 vom 1. Dezember 2005

Rede der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Dr. Annette Schavan,

im Rahmen der Aussprache zur Regierungserklärung der Bundeskanzlerin
vor dem Deutschen Bundestag
am 1. Dezember 2005 in Berlin

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Unser Land zu einer international anerkannten Talentschmiede zu entwickeln, das ist unser Ziel in den kommenden Jahren. Dafür sind mehr Bildungsbeteiligung, die konsequente Förderung von Exzellenz und mehr Investitionen in Forschung und Entwicklung notwendig.

Dafür brauchen wir Freiraum für junge Talente, für neue Ideen sowie für unsere Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Bildungs- und Forschungspolitik darf sich nicht im Management der Gegenwart erschöpfen. Wir richten den Blick nach vorne erstens auf den globalen Wettbewerb. Andere Länder holen auf. Zu oft werden Ideen aus Deutschland anderswo in Wachstum und Arbeit umgesetzt. Zu wenige Spitzenwissenschaftler aus dem In- und Ausland sehen ihre Zukunft in unserem Land. Zweitens auf die demographische Entwicklung. Sie stellt dauerhaft unsere sozialen Sicherungssysteme und die Innovationskraft unserer Gesellschaft infrage, wenn wir nicht alle Begabungspotenziale nutzen. Schließlich muss der Blick auf eine neue Gerechtigkeit gerichtet werden. Ein wachsender Teil unserer Gesellschaft sieht sich bei Bildungschancen und damit bei Zukunftschancen ausgegrenzt. Die soziale Herkunft darf nicht über die persönliche Zukunft entscheiden.

Mehr Geld, mehr Freiheit und mehr Chancen für Bildung und Forschung, das bedeutet konkret: Diese Bundesregierung wird mehr Geld in Forschung und Entwicklung investieren als jede Bundesregierung zuvor. 6 Milliarden Euro sind in dieser Legislaturperiode zusätzlich vorgesehen. Ich appelliere vor allem an die deutsche Wirtschaft, diesem Beispiel zu folgen, damit gelingen kann, was wir uns vorgenommen haben, nämlich bis zum Jahre 2010 den Anteil der Investitionen in Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt auf 3 Prozent zu erhöhen.

Schließlich werden wir Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland mehr Freiraum einräumen: Freiheit von unnötiger Bürokratie und überflüssiger Reglementierung, die Freiheit, eigene Wege zu gehen. Dazu müssen wir uns mit einem längst überholten Arbeits- und Dienstrecht für die Wissenschaft beschäftigen und die Möglichkeiten eines Wissenschaftstarifs prüfen.

Wir haben eine Föderalismusreform verabredet, die Vielfalt und Wettbewerb zulässt. Der Bund wird in der Bildungspolitik auch nach der Föderalismusreform kein Zuschauer sein. Wir werden uns verstärkt um die Bildungsforschung kümmern und mit den Ländern gemeinsam Impulse für die Standardsicherung für Benachteiligten- und Begabtenförderung setzen.

Ein Land der neuen Möglichkeiten braucht bessere Chancen für alle. Das bedeutet mehr Qualität und mehr Teilhabe an Bildung. Wir geben keine Generation verloren, die Jungen ebenso wenig wie die Älteren. Deshalb werden wir den nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs weiterentwickeln, das Programm für Ganztagschulen umsetzen, die Reformen für Berufsausbildung vorantreiben und die Bedingungen für die Qualifizierung älterer Arbeitnehmer verbessern.

Kein Jugendlicher unter 25 Jahren – das steht fest verankert im Koalitionsvertrag – darf länger als drei Monate ohne die Möglichkeit zu Ausbildung und Arbeit sein. Das halte ich für einen zentralen Punkt unserer Regierungsarbeit in den nächsten Jahren. Die duale Ausbildung muss das Herzstück der beruflichen Bildung bleiben.

Bildung ist der Schlüssel für Lebenschancen. Wissenschaft und Forschung schaffen Innovation und Arbeitsplätze. Gleichzeitig sichern sie die geistige Vitalität und die

intellektuelle Strahlkraft unseres Landes. Deshalb dürfen Wissenschaft und Forschung auch nicht auf ihre ökonomische Verwertung reduziert werden. Herausragende Leistungen der Geistes- und Sozialwissenschaften und die freie Erkenntnissuche der Grundlagenforschung sind elementarer Ausdruck einer Wirtschafts- und Kulturturnation.

Ohne diese Freiheit hätte es Max Plancks Erkenntnisse nicht gegeben. Ohne Max Planck wären viele moderne technologische Anwendungen nicht entstanden. Unsere Forschungs- und Technologiepolitik ist ideologiefrei und wertegebunden. Wir stehen für Forschung ohne Fesseln, aber nicht ohne Grenzen. Deshalb werden wir in den kommenden Jahren etwa in den ethischen Fragen der Biowissenschaften vor schwierige Abwägungen gestellt. Hier gilt als zentrales Kriterium, liebe Frau Flach, nicht Wettbewerbsfähigkeit, sondern die Achtung der Menschenwürde.

In unserer Forschungspolitik geht es nicht um Entweder-Oder. Es geht nicht um Staatssteuerung oder Staatsabstinenz, um Grundlagenforschung oder Anwendung, um universitäre oder außeruniversitäre Forschung. Unsere Forschungspolitik setzt auf drei Prinzipien: Erstens auf Exzellenz. Wir messen uns national und international an den Besten. Deshalb werden wir mit den Ländern die Exzellenzinitiative zum Erfolg führen.

Deshalb werden wir die Förderung des Bundes auf herausragende Vorhaben konzentrieren, wie die neue Generation der Großgeräte. Deshalb setzen wir auf den Wettbewerb in der Forschungsförderung und den Pakt für Forschung und Innovation. Wenn wir auf Exzellenz setzen, sind wir attraktiv für die weltweit Besten aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung. Die Erfolge von Bio-Regio und anderen Projekten zeigen, welche Hebelwirkung Wettbewerb für den Fortschritt haben kann.

Zweitens: Vorrang für Innovation. Das gilt für die gesamte Innovationskette von der Idee bis zum Produkt und zur eigenen Firma. Innovationsfreundlichkeit muss das Kriterium staatlichen Handelns schlechthin sein. Wir werden mit dem Aktionsplan „High-Tech-Strategie-Deutschland“ Spitzentechnologien gezielt fördern und Innovationshemmnisse beseitigen. Das gilt für Urheber-, Patent- und Steuerrecht. Das gilt für die Gründung von Hightechs, Start-ups und für neue Technologien wie Nano- und

Biotechnologie. Wir besitzen einen Wissensvorsprung in der Nanotechnologie, den wir nutzen müssen, um Marktführer zu werden. Dazu werden wir Nanotechnologie in deutschen Kernbranchen wie der Automobilindustrie integrieren, neue Anwendungsbereiche erschließen und interdisziplinäre Ansätze ermöglichen.

Drittens: Wir werden Kräfte bündeln, und zwar in Politik, Wissenschaft und Wirtschaft, in universitärer und außeruniversitärer Forschung, in den Geistes- und Naturwissenschaften. An den Schnittstellen zwischen Strukturen und Disziplinen entstehen Innovationen. Deshalb setzen wir auf Innovations- und Wachstumspole, die Anziehungskraft für Wissenschaftler und Investoren über unsere nationalen Grenzen hinaus entwickeln. Die Trennung von Hochschulen und außeruniversitärer Forschung muss zugunsten von mehr Vernetzung, Arbeitsteilung und Wettbewerb minimiert werden.

Die Einheit von Forschung und Lehre war der Kern der humboldtschen Universitätsidee. Das heißt heute auch: Wir müssen dafür sorgen, dass die universitäre Forschung in der Struktur unserer Forschungsförderung gestärkt wird. Sie ist in den vergangenen Jahren geschwächt worden. Nicht nur in den letzten sieben Jahren. Man kann auch sagen: in den letzten Jahrzehnten. – Deshalb wollen wir im Laufe dieser Legislaturperiode den Einstieg in eine neue Forschungsförderungsstruktur durch Berücksichtigung von Overheadkosten schaffen.

Nachhaltige Wissenschafts- und Forschungspolitik braucht schließlich einen besonderen Blick auf die Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler. Wir brauchen verlässliche Karrierewege. Deshalb werden wir die Befristungsregelungen für Juniorprofessuren lockern. Wir werden neben den genannten zentralen Zukunftstechnologien Forschungsschwerpunkte in der Sicherheitsforschung ebenso wie in der Gesundheits- und Altersforschung setzen.

Die Studierendenzahlen steigen in den kommenden Jahren ebenso wie die Zahl der Schulabsolventen, die sich für eine berufliche Ausbildung bewerben. Schon jetzt wird deshalb von „Studentenbergen“ und „Bewerberüberhang“ gesprochen. Schon die Wortwahl offenbart altes Denken. Diese jungen Leute, die etwas lernen und etwas leisten wollen, sind keine Last für unser Land. Sie, ihre Talente, ihre Ideen, ihre Be-

reitschaft, etwas zu leisten: Genau dahinter stecken die neuen Möglichkeiten für unser Land. Es ist deshalb unsere Verantwortung, also die Verantwortung des Bundes, der Länder, aller Beteiligten, damit sorgsam umzugehen; denn es wird der Tag kommen, an dem wir dort den Mangel beklagen werden, wo heute der Ansturm befürchtet wird.

Eine international anerkannte Talentschmiede ist die Voraussetzung für die Innovationskraft unseres Landes. Das ist ein Fundament für Leistungsfähigkeit, Zusammenhalt und soziale Entwicklung. Das ist der Motor für ökonomische Entwicklung und die Quelle unseres künftigen Wohlstandes. In diesem Sinne sollten wir gemeinsam Bildungs- und Forschungspolitik betreiben.

* * * * *